

Rechtsmeldung | USA | Geldwäschegesetz

US-Kongress ebnet den Weg für das Geldwäschebekämpfungsgesetz

Der US-Senat hat am 1. Januar 2021 dafür gestimmt, das Veto des Präsidenten gegen den *National Defense Authorization Act (NDAA)* für das Geschäftsjahr 2021 aufzuheben.


15.01.2021

Von Jan Sebisch | Bonn

Das US-Repräsentantenhaus (*United States House of Representatives*) hatte bereits am 28. Dezember 2020 für die Außerkraftsetzung des Vetos gestimmt. Nach der Abstimmung im Senat (*United States Senate*) wird der *NDAA* nunmehr gesetzlich verabschiedet. Ursprünglich vom Senat bereits am 11. Dezember 2020 verabschiedet, enthält der *NDAA* das Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche von 2020 (*Anti-Money Laundering Act of 2020- AMLA*).

Das Geldwäschebekämpfungsgesetz dient der Modernisierung und Stärkung des US-amerikanischen Systems zur Überwachung der Finanzkriminalität. Im Mittelpunkt des *AMLA* steht die Schaffung eines zentralen Registers zur Offenlegung der wirtschaftlichen Eigentümer (*beneficial owner*) von in den USA registrierten Unternehmen. In Bezug auf den *AMLA* werden auch die Regelungen des *Bank Secrecy Act (BSA)* und des *Patriot Act* erweitert.

Zum Thema:

- [National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2021](#) 
- [GTAI: Recht kompakt USA](#)

Mehr zu:

USA

Wirtschaftsverwaltungsrecht / Bürgerliches Recht, übergreifend
Recht

Kontakt

Jan Sebisch

Rechtsexperte

 +49 228 24 993 353

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.